

# Reichtum besteuern – Sozialabbau stoppen

Einen farbenfrohen Flashmob hat der PARITÄTISCHE Hessen in Marburg mitorganisiert. Auch in Kassel hat er zur Aktion für mehr Steuergerechtigkeit aufgerufen. In Frankfurt sprach Landesgeschäftsführer Günter Woltering beim Umfairteilen-Aktionstag.

**K**ürzungen im sozialen Bereich sind keine Zahlenspiele. Sie bedrohen Menschen ganz konkret und greifbar“, sagte Günter Woltering bei der Umfairteilen-Aktion in Frankfurt. Dies verdeutlichte er in seiner Rede an Beispielen aus Mitgliedsorganisationen des PARITÄTISCHEN. So gebe es in Beratungsstellen für Wohnungslose inzwischen einen regelrechten Verdrängungswettbewerb zwischen wohnungslosen und armen Menschen, die zwar noch einen Wohnsitz haben, aber sonst nicht mehr viel.

Exemplarisch berichtete Günter Woltering auch von einer Beratungs- und Therapieeinrichtung für Menschen mit psychischen Erkrankungen in Mittelhessen. Ihre Misere begann vor zehn Jahren, als unter dem CDU-Ministerpräsidenten Roland Koch die „Operation sichere Zukunft“ umgesetzt wurde, ein drastisches Sparprogramm, bei dem die Mittel für mehr als 100 So-



Das Spielmobil Rote Rübe beim Aktionstag in Kassel.

zial-, Beratungs- und Kulturprojekte gekürzt oder komplett gestrichen wurden.

Die Beratungs- und Therapieeinrichtung im Kreis Marburg Biedenkopf musste seitdem die Arbeitszeiten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fast

halbieren. Gleichzeitig hat sich aber die Anzahl der Hilfesuchenden verdoppelt. Die Folge ist, dass hilfesuchende Menschen inzwischen drei Monate auf einen ersten Termin warten müssen, obwohl gerade bei Depressionen und Angsterkrankungen schnelle Hilfe wichtig ist.

Früher konnte die Einrichtung ihre Klientinnen und Klienten zudem dauerhaft begleiten, inzwischen bietet sie nur noch Kurzberatungen an. Hausbesuche musste sie streichen, so dass sie Menschen, die sich wegen ihrer psychischen Erkrankung nicht aus dem Haus trauen, kaum noch erreichen kann.

Dass die Sparpolitik der öffentlichen Hand Entwicklungen im sozialen Bereich blockiert, zeige sich auch bei der Inklusion, so Woltering. So hat die hessische Landesregierung zwar einen Aktionsplan zur Inklusion verfasst. Jedoch gibt es dazu bisher weder ein Budget noch einen Zeitplan.

Den Anspruch auf den Besuch einer Regelschule, den die UN-Behindertenrechtskonvention für Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen verbietet, hat die Landesregierung unter Ressourcenvorbehalt gestellt. Das heißt, die Schule muss ein Kind mit Behinderung nur aufnehmen, wenn sie genug Personal, geeignete Räume und die entsprechende Ausstattung hat. „Aber Menschenrechte müssen bedingungslos gelten“, sagte der Landesgeschäftsführer des PARITÄTISCHEN Hessen bei der Veranstaltung, zu der das Frankfurter Bündnis Umfairteilen und Verdi ins Gewerkschaftshaus eingeladen hatten.

Als ein weiteres Beispiel für chronische Unterfinanzierung nannte Günter Woltering die Frauenhäuser, die von den Bundesländern unterschiedlich stark unterstützt werden. „Hessen findet sich dabei eher am unteren Ende.“ Die „Operation sichere Zukunft“ kostete drei Frauenhäusern in Hessen die Existenz. Seit der Kommunalisierung stagnieren die Landeszuschüsse, während Energiekosten, Personalkosten und andere Kosten stetig steigen. Manche Frauenhäuser müssen schon ein Drittel ihrer Kosten über Spenden decken. Auf den Schutzschirm blicken die hessischen Frauenhäuser derzeit sorgenvoll, denn sie befürchten weitere Einbußen

Schon jetzt gebe es im sozialen Bereich keine bedarfsgerechte Finanzierung, sagte Woltering. Mit der Kommunalisierung sozialer Hilfen habe sich das Land zudem weitgehend aus der Steuerung der sozialen Strukturen zurückgezogen. Der finanzielle Druck werde weiter steigen, vor allem für Kommunen, die unter den kommunalen Schutzschirm gedrängt wurden, betonte Woltering.



Günter Woltering, Landesgeschäftsführer des PARITÄTISCHEN Hessen, sprach beim Umfairteilen-Aktionstag in Frankfurt über die Folgen der Sparpolitik im sozialen Bereich.

Hessenweit haben 100 Städte, Gemeinden und Landkreise die Schutzschirmvereinbarung unterzeichnet. Darunter ist auch der Wetteraukreis. Dort zeichneten sich bereits Auswirkungen des Schutzschirms ab, so Hanne Schirmer, die für den Wetteraukreis zuständige Regionalgeschäftsführerin des PARITÄTISCHEN. Die Kreisverwaltung kündige bestehende Verträge im Sozialbereich und schaue bei der Neuvergabe nur noch aufs Geld, die Erfahrung und die fachliche Qualität der Träger spiele keine Rolle mehr. Schirmer warnt: „Die Sparpolitik gefährdet den sozialen Frieden.“

Bei der Umfairteilen-Aktion in Frankfurt wurde der Schutzschirm als „löcheriger Knirps“ entlarvt. So musste sich die Stadt Rüsselsheim zu 52 Sparmaßnahmen verpflichten, um in das Entschuldungsprogramm des Landes aufgenommen zu werden. Dazu gehören Kürzungen in der Jugendhilfe und Jugendförderung ebenso wie die Schließung des Hauses der Senioren und des Stadtmuseums. Acht Wochen nachdem die Kommune die Schutzschirm-

vereinbarung unterzeichnet hat, verdoppelte sie zudem die Grundsteuer. Für Mieter der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft bedeutet die eine Mehrbelastung von 20 Euro pro Monat, die viele von ihnen kaum tragen können.

Umfairteilen-Aktionstage mit Beteiligung des PARITÄTISCHEN Hessen gab es auch in Marburg und Kassel. In Marburg war er Mitorganisator eines Flashmobs vor der Stadthalle. Dabei trugen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Umhänge in verschiedenen Farben, um das Ungleichgewicht zwischen Reichen und Armen zu veranschaulichen. Anschließend wurde symbolisch Schokolade gleichmäßig an alle umverteilt. „Wir fordern, dass der Reichtum besser verteilt wird, um die soziale Infrastruktur zu erhalten“, sagte Iris Demel, Regionalgeschäftsführerin des PARITÄTISCHEN Hessen.

Auch in Kassel rief der PARITÄTISCHE unter Federführung des Regionalgeschäftsführers Harold Becker zum Aktionstag auf. Dort richtete sich der Protest unter anderem gegen die Schließung der Stadtteilbibliotheken, die als Folge der Schutzschirmvereinbarung ansteht. Bei der Aktion in Kassel sorgte das Spielmobil Rote Rübe, eine Mitgliedsorganisation des PARITÄTISCHEN Hessen, für das Kinderprogramm.

# „Der Schutzschirm führt nicht aus der Überschuldung“

Eine der 100 hessischen Kommunen, die den Schutzschirm des Landes in Anspruch nehmen, ist der Landkreis Offenbach. Sein Kämmerer Carsten Müller spricht im Interview über mögliche Folgen im sozialen Bereich.

**Wie viel Gestaltungsspielraum bleibt Ihnen noch als Kämmerer eines Landkreises, der unter den kommunalen Schutzschirm geschlüpft ist?**

Ich sehe da eigentlich keine tiefgreifende Veränderung. Der Gestaltungsspielraum war schon vorher so klein, dass er kaum noch kleiner werden konnte. Schon seit 2003 geht bei uns die Schere zwischen den Aufgaben und der finanziellen Ausstattung immer weiter auseinander. Die freiwilligen Leistungen machen ohnehin nur noch 0,3 Prozent des Haushalts aus.

**Können Sie bereits absehen, wie sich die Sparmaßnahmen im sozialen Bereich auswirken werden?**

Die meisten Leistungen in diesem Bereich sind Pflichtleistungen und werden auch weiter bezahlt werden. Schließlich muss der Rechtsanspruch der Bürger erfüllt werden. Aber es gibt durchaus Umschichtungen. So hat sich der Kreis aus der Finanzierung der überbetrieblichen Ausbildung zurückgezogen, die wir bisher jährlich für fünf Jugendliche bezahlt haben. Dadurch sind 300.000 Euro frei geworden, die wir jetzt für die Jugendberufshilfe an Schulen ausgeben. Damit erreichen wir mehrere 100 Jugendliche.

**Welche freiwilligen Leistungen könnten im sozialen Bereich gestrichen werden?**

Die waren ohnehin schon nicht mehr üppig und wir wollen in diesem Bereich auch nicht weiter kürzen. Denn wenn wir beispielsweise an der Erziehungsberatung sparen, drohen später wesentlich höhere Kosten für Erziehungshilfe oder Inobhutnahme. Kritisch werden kann es aber für Zuschüsse an soziale Träger, die nicht an konkrete Leistungen gebunden sind. Diese werden kaum mehr möglich sein, und für Träger, die auf solche klassischen Zuschüsse angewiesen sind, kann es schwierig werden.



Der SPD-Politiker Carsten Müller (41) ist seit drei Jahren Kämmerer des Landkreises Offenbach.

**Die Landesregierung stellt den Schutzschirm als Wohltat für verarmte Kommunen dar. Sehen Sie das auch so?**

Für mich ist der Schutzschirm nichts als der verzweifelte Versuch des Landes, sich als Retter der Kommunen aufzuspielen. Denn tatsächlich hat das Land mit der Kürzung des kommunalen Finanzausgleichs vor zwei Jahren erst ein Zehn-Millionen-Euro-Loch in die Kasse des Landkreises Offenbach gerissen.

**Kann der Schutzschirm den Kommunen den Weg aus der Überschuldung ebnen?**

Nein, der Schutzschirm führt nicht aus der Überschuldung und das lässt sich mit einfacher Mathematik erklären. Durch den Schutzschirm spart der Landkreis Offenbach im Jahr fünf Millionen Euro Zinsen, das aktuelle Defizit liegt aber bei 65 Millionen Euro. Wenn sich nichts Grundlegendes ändert, werden wir in drei Jahren trotz Schutzschirm wieder den gleichen Schuldenstand haben, wie heute.

**Was müsste sich grundlegend ändern?**

Das Problem ist, dass die Aufgabenfülle der Kommunen immer weiter wächst und ihre Einnahmen immer weiter sinken. Bund und Land müssen sich endlich dazu bekennen, auch für die Aufgaben zu zahlen, die sie den Kommunen übertragen. Der Bund hat es in der Hand, die Steuerpolitik so zu ändern, dass die Einnahmen endlich wieder stimmen. Wir streiten hier auf Kreisebenen um Vereinszuschüsse von 500 oder 1000 Euro und gleichzeitig wird auf Bundesebene mit Milliardenbeträgen jongliert. So gibt es etwa das Betreuungsgeld – und auf der anderen Seite fehlt den Kommunen das Geld für den Ausbau der frühkindlichen Bildung. Darüber kann ich wirklich nur noch den Kopf schütteln.

## Der Kommunale Schutzschirm

Die hessische CDU/FDP-Landesregierung hat vor zwei Jahren den kommunalen Finanzausgleich dauerhaft um 350 Millionen Euro pro Jahr gekürzt.

Stark verschuldeten Kommunen bot sie im Gegenzug den sogenannten kommunalen Schutzschirm an. Er sieht vor, dass das Land die Kommunen beim Schuldenabbau unterstützt, indem es bis zu 46 Prozent ihrer Kredite übernimmt. Im Gegenzug müssen die Kommunen eine Konsolidierungsvereinbarung unterzeichnen, mit dem Ziel bis 2020 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.

Von den 426 hessischen Städte, Gemeinden und Landkreise wurden 106 als notleidend im Sinne des Rettungsschirms eingestuft. 100 von ihnen nehmen den Schutzschirm in Anspruch, lediglich sechs überschuldete Kommunen haben das Angebot des Landes abgelehnt.

# Kritik am KiföG hält an

Die hessische Landesregierung hat ihren Entwurf für das Kinderförderungsgesetz (KiföG) in einigen Punkten nachgebessert. Aus Sicht des PARITÄTISCHEN Hessen droht jedoch nach wie vor eine Verschlechterung der Betreuungsstandards.

Der Protest war massiv. Wochenlang gingen in Hessen vor allem Erzieherinnen und Erzieher sowie Eltern gegen die KiföG-Pläne der CDU/FDP-Landesregierung auf die Straße. Bei der Demonstration in Frankfurt war der Römer mit rund 5000 Menschen gefüllt. In Wiesbaden gab es zwei zentrale Kundgebungen, hinzu kamen ungezählte größere und kleinere Aktionen quer durch ganz Hessen. Die Liga der Freien Wohlfahrtspflege sammelte im Rahmen der Kampagne „KiföG – so nicht!“ mehr als 125.000 Unterschriften – die zweitgrößte hessische Petition seit der Proteste um die Startbahn West. Auch die Gewerkschaften gehörten zum breiten Bündnis, das gegen das Gesetzesvorhaben mobil machte.

Beeindruckt vom breiten Widerstand besserte die Landesregierung ihren Entwurf Mitte April in einigen Punkten nach. So strich sie den besonders umstrittenen Passus, nachdem künftig bis zu 20 Prozent des Kita-Personal fachfremde Laien ohne pädagogische Ausbildung sein sollten. „Mit der Rückkehr zum Fachkräftegebot setzt die Landesregierung ein klares Signal gegen pädagogische Entprofessionalisierung“, heißt es in einer Stellungnahme der Liga. Sie begrüßt auch die Ergänzung des Gesetzentwurfs um einen weiteren Betreuungsmittelwert für die Finanzierung längerer Öffnungszeiten, die der Vereinbarkeit von Familie und Beruf dienen. „Gleichwohl droht ein Rückschritt hinter bereits erreichte Standards, etwa bei der Gruppengröße oder bei der Verlässlichkeit der Finanzierung.“

So sollten nach Ansicht der Liga maximal zehn Krippenkinder in einer Gruppe betreut werden, nach dem korrigierten KiföG-Entwurf sind immer noch bis zu zwölf Kindern pro Gruppe vor-



Protest gegen das KiföG - hier in Frankfurt.

gesehen. Damit wird der gegenwärtig bestehende Qualitätsstandard im Krippenbereich immer noch um zwei Kinder überschritten. Zudem fordern die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege weiterhin vehement, die Inklusion von Kindern mit Behinderung grundlegend im Kinderförderungsgesetz zu verankern und damit der UN-Behindertenrechtskonvention auch in Hessen Rechtskraft zu verleihen. Die Umstellung auf die kindbezogene Finanzierung und der zurückgehende Personalschlüssel bei kleineren Gruppen wird die Einrichtungen vor erhebliche pädagogische und finanzielle Schwierigkeiten stellen. Es ist zu befürchten, dass sich diese Umstellung auf die Betreuungsqualität und die Integration von Kindern mit Behinderung auswirkt.

Die Liga kritisiert zudem das neue System der platzbezogenen Personalausstattung und Finanzierung, von dem die Landesregierung nicht abrückte. „Damit wird in Kauf genommen, dass möglichst große Gruppen entstehen und eventuelle Minderbelegungen zu Lasten der Träger und der Fachkräfte ausgeglichen werden müssen.“ Der überarbeitete Entwurf sieht zusätz-

liche Zeiten für die mittelbare pädagogische Arbeit und Leitungstätigkeit der ErzieherInnen vor. Das ist im Sinne der Liga, sie bemängelt aber, dass diese Zeiten und ihre Finanzierung ausschließlich in der Verantwortung des Trägers liegen sollen.

Das KiföG müsse „komplett verändert werden“, fordert Günter Woltering, Landesgeschäftsführer des PARITÄTISCHEN Hessen. Die Liga schlug vor, das Gesetz aus der heißen Wahlkampfphase herauszuhalten und nach der Landtagswahl im Herbst 2013 neu zu beraten und dabei die betroffenen gesellschaftlichen Gruppen einzubeziehen.

Darauf ließ sich die Landesregierung jedoch nicht ein. Bei der dritten Lesung Ende Mai hat die Landtagsmehrheit das umstrittene Gesetz beschlossen – trotz aller fachlichen und sozialpolitischen Kritik. Die Zustimmung des PARITÄTISCHEN findet das KiföG nicht.

Internetseite zur Kampagne gegen das KiföG: [www.entdecker-voraus.de](http://www.entdecker-voraus.de)